

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Mittwoch, 19.04.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 16:18 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE - Vorsitz anwesend

Mitglieder

Herr Gerrit Stühmeier - CDU - Stellvertretender Vorsitz anwesend

Herr Frank Flake - SPD anwesend

Frau Annegret Ihbe - SPD Vertretung für: Frau Annette Schütze MdL (SPD)

Herr Michel Winckler - SPD anwesend

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE anwesend

Herr Thorsten Köster - CDU Vertretung für: Frau Anke Kaphammel (CDU)

Frau Antje Maul - CDU anwesend

Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION.BS anwesend

Frau Bianca Braunschweig - BIBS anwesend

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten anwesend

Herr Mathias Möller - FDP Vertretung für: Frau Aniko Glogowski-Merten (FDP)

Herr Stefan Wirtz - AfD Vertretung für: Frau Anneke vom Hofe (AfD)

Bürgermitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel - Bürgermitglied CDU abwesend zu TOP 4, 4.1, 6 (Mitwirkungsverbot)

Frau Heike Blümel - Bürgermitglied B90/GRÜNE anwesend

Herr Dr. Volker Eckhardt - Bürgermitglied SPD abwesend zu TOP 6 (Mitwirkungsverbot)

Herr Tobias Henkel - Bürgermitglied CDU anwesend

Herr Marcus Körber - Bürgermitglied B90/GRÜNE anwesend

Frau Cornelia Winter - Bürgermitglied SPD anwesend

Sachverständige

Herr Thorsten Wendt - Stadtheimatpfleger abwesend zu TOP 4.1

Gäste

Frau Dr. Annette Boldt-Stülbach abwesend nach TOP 1

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV anwesend

Herr Dr. Stefan Malorny - FBL 41 anwesend

Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413 anwesend

Herr Daniel Keding - AbtL 41.2 anwesend

Herr Dr. Ulf Hilger - AbtL 41.1 anwesend

Frau Kristin Komm - FB 41 anwesend

Frau Doreen Hijazi - FB 41 anwesend

Frau Elke Scheler - FB 41 anwesend

Frau Julia Pellegriti - StL 41.01 anwesend

Frau Amelie Schultze - FB 41 anwesend

Abwesend

Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD entschuldigt

Frau Annette Schütze - SPD entschuldigt

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE entschuldigt

Frau Anke Kaphammel - CDU entschuldigt

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP entschuldigt

Frau Anneke vom Hofe - AfD entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Wolfgang Jünke - Stellvertretender Stadtheimatpfleger entschuldigt

Verwaltung

Frau Dr. Anette Haucap-Naß - RefL 0412 abwesend

Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.02.2023

3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2023

4 Mitteilungen

4.1 Sachstand Projekt "Creative Boxes" 23-21197

4.2 Kulturentwicklungsprozess (KultEP): Vorbereitungen zur Gründung 23-21144

eines Braunschweiger Kulturrats

4.3	Sachstandsbericht zum ISEK-Projekt CoLiving Campus	23-21110
4.4	Beirat Gedenkstätte Schillstraße	23-21193
5	Anträge	
5.1	QR-Code und Beacon für alle Erinnerungstafeln	23-20414
5.1.1	Änderungsantrag zu 23-20414 – QR-Code und Beacon für alle Erinnerungstafeln	23-20478
6	Zuwendungen aus Mitteln der Projektförderung über 5.000 EUR im 1. Halbjahr 2023	23-20976
7	Anfragen	
7.1	Warteliste der Städtischen Musikschule	23-20594
7.2	Kassenautomat für Zugang zur Quadriga verhältnismäßig?	23-20962

Protokoll

Öffentlicher Teil:

Ausschussvorsitzender Böttcher verabschiedet Frau Dr. Boldt-Stülzebach, die aus dem aktiven Dienst der Stadt Braunschweig als Abteilungsleitung (AbtL) 41.1 für Erinnerungskultur, Literatur und Musik ausscheidet. Frau Dr. Boldt-Stülzebach bedankt sich und verabschiedet sich ihrerseits von dem Ausschuss sowie den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung.

Frau Dr. Hesse (Dez. IV) weist auf den unter den Ausschussmitgliedern ausgeteilten Zwischenbericht des Kulturentwicklungs-prozesses (KultEP) („Kulturentwicklungsprozess Braunschweig“, März 2023) und das Programm des Raabe-Haus:Literaturzentrums (März bis Juni 2023) hin.

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.02.2023

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

8 / 0 / 1

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2023

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

7 / 0 / 2

4. Mitteilungen

Mündliche Mitteilungen

Vorstellung der neuen Abteilungsleitung für Erinnerungskultur, Literatur und Musik:

Herr Dr. Malorny (FBL 41) stellt Herrn Dr. Hilger als neue Abteilungsleitung (AbtL) 41.1 für Erinnerungskultur, Literatur und Musik vor.

Dauerhafte Lichtinstallationen, Lichtparcours 2024, digitaler Stadtrundgang:

Herr Dr. Hilger (AbtL 41.1) beschreibt den Sachstand zum Lichtparcours. Im AfKW am 16. Februar 2023 habe die Verwaltung darüber informiert, dass die Lichtkunstinstallation „No Sleep“ des Künstlers Johannes Wohnseifer als permanente Lichtinstallation im Bereich Rimpau-Garten aufgestellt werden solle. Die Planungen dazu seien vorab innerhalb der Verwaltung sowie mit dem Künstler abgestimmt worden. Am 28. Februar 2023 habe der Stadtbezirksrat (StBezR) 130 Mitte über die Aufstellung beschlossen. Im Ergebnis habe der StBezR 130 die Aufstellung der Arbeit an diesem Standort abgelehnt. Die Verwaltung prüfe nunmehr die Aufstellung an einem anderen Standort.

Aufgrund eines Hinweises, dass die Lichtkunstarbeit „Solarkatze“ beschmiert sei, wurde das Anti-Graffititeam der Stadt Braunschweig gebeten, die Schmiererei zu entfernen. Aktuell sei die „Solarkatze“ gesäubert.

Im AfKW am 16. Februar 2023 sei überdies ein (digitaler) Stadtrundgang entlang der Lichtkunstinstallationen des Lichtparcours angeregt worden. Dies aufgreifend wird mitgeteilt, dass derzeit im Bereich der Innenstadt vier Lichtkunstinstallationen zurückliegender Lichtparcours zu sehen seien. Im Laufe des Jahres komme noch die fünfte Arbeit hinzu, deren Standort noch offen ist.

Derzeit liefen die Vorbereitungen für die Entwurfsausstellung des nächsten Lichtparcours im Jahr 2024. Ziel der Verwaltung sei es, im Nachgang des kommenden Lichtparcours ein Konzept für einen Stadtrundgang/digitalen Stadtrundgang zu erstellen und umzusetzen.

Hinweis im Nachgang der Sitzung: Der Rat wurde zur Modellausstellung am 31. Mai 2023 eingeladen.

Sonderfonds Energiekosten im Kulturbereich:

Herr Dr. Hilger (AbtL 41.1) informiert zum Sachstand Sonderfonds Energiekosten im Kulturbereich. Im AfKW am 16. Februar 2023 habe die Verwaltung mitgeteilt, dass ein Sonderfonds Energiekosten im Kulturbereich aufgrund verschiedener rechtlicher Gründe zunächst nicht umgesetzt werden konnte. Ein wichtiger Grund lag in der Förderparallelität des Ende Februar 2023 gestarteten Bundeskulturfonds Energie. Über den Bundeskulturfonds Energie stünden aktuell insgesamt 1 Mrd. Euro bereit, um Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltende hinsichtlich gestiegener Energiekosten zu entlasten. Derzeit gebe es noch keine konkreten Parameter zum Förderprogramm.

Um den Unterstützungsbedarf von Braunschweiger Kulturschaffenden vor dem Hintergrund der aktuellen Energiesituation zu erfassen, seien in der letzten Woche Einrichtungen durch die Verwaltung exemplarisch befragt worden. Alle Einrichtungen hätten im vierten Quartal 2022 kostenmäßig z.T. erhebliche neue Einstufungen durch ihre Energieversorger erhalten. Das habe zunächst dazu geführt, dass alle Einrichtungen ihr Energienutzungsverhalten kritisch hinterfragten und deutlich eingeschränkt. Kürzlich seien die Einrichtungen durch ihre Versorger über die jetzt geltenden Energiepreisbremsen informiert worden. Die Einrichtungen gingen aufgrund erster eigener Berechnungen davon aus, dass die Preisbremsen zu einer wesentlichen Kostendämpfung führen werden. Verlässliche Aussagen seien erst mög-

lich, wenn die Jahresabrechnungen vorlägen. Es gebe auch Einrichtungen, die zwischenzeitlich ihren Energieversorger aufgrund rückläufiger Preisentwicklungen wechselten.

Insbesondere die größeren Einrichtungen mit einem höheren Energiebedarf beabsichtigten, Mittel über den Bundeskulturfonds Energie in Anspruch zu nehmen. Derzeit seien diesbezüglich aufgrund der zeitlichen Belastung noch keine Anträge gestellt worden. Insgesamt bewerteten die aktuell befragten Einrichtungen die Energiesituation deutlich weniger kritisch als noch Ende 2022. Darüber hinaus habe sich bisher kein Kulturschaffender hilfesuchend an die Kulturverwaltung gewandt. Als Fazit sei zu konstatieren, dass die geplante Richtlinie zur Umsetzung eines städtischen Sonderfonds Energiekosten im Kulturbereich weiterhin zurückgestellt wird, da diese nur subsidiär zum Einsatz kommen könne.

Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

4.1. Sachstand Projekt "Creative Boxes"

23-21197

Ratsherr Glogowski stellt die Nachfrage, warum das Projekt „Creative Boxes“ stocke und es bisher nicht zu einer Umsetzung gekommen sei. Er möchte wissen, ob die Verantwortung hierfür bei der Stadtverwaltung oder bei dem Empfänger der geschenkten Container, dem Kunst und Kultur Braunschweig (KuK-BS) e.V., liege.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) antwortet, die Stadtverwaltung habe das Projekt und den Containerbetreiber aktiv begleitet. Die Komplexität der Umsetzung des Projektes habe sich erst im Laufe der Zeit herausgestellt. Ein Missstand in der Stadt Braunschweig sei der Mangel an Atelierflächen; auf diesen Mangel habe die Verwaltung mit dem Projekt reagieren wollen. Man habe es als Chance begriffen, einen unabhängigen Kunstverein zu unterstützen. Herr Dr. Malorny erinnert in diesem Zusammenhang an den Haushaltsumschlag der Fraktion B90/GRÜNE im Haushaltsjahr 2022, der für Projekte wie die „Creative Boxes“ finanzielle Mittel ermöglicht habe, und an den Brief des KuK-Vereins, in dem vor einigen Wochen um Unterstützung gebeten worden sei. Vor diesem Hintergrund habe sich die Verwaltung in der Pflicht gesehen, den Ausschuss über den Sachstand des Projektes zu informieren.

Ratsherr Glogowski fragt nach, warum die Probleme, die das Projekt an einer Umsetzung hindern, nicht schon vorher der Verwaltung hätten bekannt sein müssen und stadtintern geklärt werden können.

Herr Dr. Malorny erläutert, dass es sich um ein privates Projekt handele und die Verwaltung nicht der Bauantragsteller sei. Es handle sich hierbei nicht um ein originäres Verwaltungsverfahren. Innerhalb der Verwaltung habe man die Pläne zu Projektbeginn kurSORisch diskutiert; die inzwischen aufgetretenen Probleme seien jedoch zu Beginn nicht offensichtlich gewesen. Eine sachgerechte Lösung werde erarbeitet, dies führe jedoch zu Verzögerungen in der Umsetzung des Projektes.

Ratsherr Winckler stimmt Ratsherrn Glogowski zu und äußert Verwunderung darüber, dass die Container in Köln bewohnt gewesen seien, in Braunschweig hingegen keine Nutzung als Arbeitsraum zulässig sei. Er verstehe nicht, warum die Problematik mit baurechtlichen Vorgaben begründet werde und möchte wissen, ob in den kommenden Wochen mit einer Lösung zu rechnen sei.

Herr Dr. Malorny betont, die Nutzung der Container in Köln sei eine andere gewesen. Die Maßstäbe, an der die Containernutzung sich in Braunschweig messen müsse, seien andere und die beiden Fälle nicht vergleichbar. Einschlägige Rechtsgrundlagen und geltendes Baurecht müssten im Rahmen des Bauantragsverfahrens beachtet werden, darunter Parameter wie Brandschutz, Statik, Rettungswege und Arbeitsschutz.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) kommentiert, er habe Erfahrung darin, wie komplex es sein könne, wenn Projekte unter den Ansprüchen der Bauordnung umgesetzt werden müssten. Er kritisiert jedoch, dass die Stadt den Anspruch haben müsse, als Gesamtverwaltung aufzutreten. Es sehe nicht gut aus und sei für die Bürgerinnen und Bürger unverständlich, wenn die Verwaltung in der Problematik nicht als eine Einheit ansprechbar sei.

Herr Dr. Malorny erwidert, die Verwaltung betreue den KuK-Verein und andere Akteure der Kulturszene, die von üblichen Bauantragsverfahren unterschieden werden müssten, eng. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und mit Unterstützung der Politik habe man eine Personalstelle in der Kulturverwaltung geschaffen, die als Anwaltschaft für Kulturschaffende und dazu diene, in solchen und ähnlichen Fällen Kulturschaffende beratend durch einen Prozess zu lotsen.

Frau Dr. Hesse (Dez. IV) erinnert daran, dass die Kulturverwaltung der Stadt Braunschweig 2022 durch die Kommunalpolitik als „Verhinderer“ betrachtet worden sei. Sie betont, dass die Kulturverwaltung jedoch häufig nur der Überbringer schlechter Nachrichten sei. Eine integrative Stadtverwaltung werde angestrebt. Sie sagt zu, dass die Kulturverwaltung bei der Bauverwaltung in Erfahrung bringen werde, worin die baurechtlichen Hindernisse konkret beständen, und dass der Ausschuss darüber informiert werde.

Ratsherr Böttcher hofft, die Umsetzung des Projektes erfolge noch im Sommer 2023.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Kulturentwicklungsprozess (KultEP): Vorbereitungen zur Gründung eines Braunschweiger Kulturrats

23-21144

Frau Dr. Hesse (Dez. IV) stellt die Mitteilung vor.

Ausschussvorsitzender Böttcher verweist auf die Einladung des Ausschusses durch die Verwaltung zu der in der Mitteilung erwähnten Veranstaltung am 22. Mai 2023 von 09:30 bis 12:30 Uhr. Bei der Veranstaltung soll laut Mitteilung die Arbeitsgruppe (AG) Kulturbeirat in einem vom Netzwerk Kulturberatung moderierten Vorbereitungsplenum ihre Arbeitsergebnisse und den Entwurf der Geschäftsordnung (GO) den Kulturschaffenden und der Kulturpolitik vorstellen und Gelegenheit zur Aussprache über etwaige Änderungsbedarfe eröffnen.

Ratsherr Glogowski findet es problematisch, dass der zu gründende „Braunschweiger Kulturrat“, so, wie er nach dem Entwurf der GO zusammengesetzt sei, mehr von der Politik denn aus der Szene der Kulturschaffenden selbst gegründet werde. Besonders zweifelt er an dem Passus, der die Aufnahme einer Person aus einer von der Stadt geförderten Kulturinstitution in den Vorstand des Kulturrates zwingend vorschreibe. Er hinterfragt, ob dies demokratische Ansprüche erfülle und inwiefern es möglich sei, die Kulturszene und vor allem weniger etablierte Kulturschaffende für eine Teilhabe zu erreichen. Es sei unklar, über welche Wege und Mittel weniger etablierte Kunstschaaffende erreicht würden, um sie zu der konstituierenden Vollversammlung einzuladen.

Frau Dr. Hesse erklärt, dass noch nicht abschließend geklärt sei, wie sich die Vollversammlung des „Braunschweiger Kulturrates“ zusammensetze.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) erläutert, die Mitteilung bilde nur ein erstes Arbeitsergebnis aus der Umsetzung des politischen Auftrags zur Bildung eines Kulturrates im Rahmen des Kulturentwicklungsprozesses (KultEP) ab. Die AG Kulturbeirat habe schnell getagt; nun werde mit der Mitteilung dem AfKW ein Zwischenstand vorgelegt. Der Ausschuss sei mit dieser Mitteilung als Erstes informiert worden und werde um Rückmeldung zu den vorgelegten Vorschlägen gebeten. Die AG habe die Teilnehmerschaft bewusst weit gefasst.

Bei der Veranstaltung am 22. Mai 2023 solle dies spezifiziert werden; hier unterstütze die Verwaltung bei der Organisation. Die in der Mitteilung formulierten Vorschläge seien als ein Angebot an die Kulturszene zu verstehen. Die Verwaltung verstehe sich nur als vom AfKW beauftragter Starthelfer des Kulturrates; bestenfalls funktioniere dieser ab einem gewissen Punkt ohne die Unterstützung Verwaltung. Die in der GO beschriebenen „Sprecher“ sollen das Bindeglied zwischen dem Ausschuss und dem Kulturrat darstellen. Im Laufe des Jahres 2023, bestenfalls schon im dritten Quartal, solle die konstituierende Vollversammlung stattfinden und die GO beschließen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Sachstandsbericht zum ISEK-Projekt CoLiving Campus

23-21110

Ausschussvorsitzender Böttcher erinnert an die erfolgte Unterzeichnung des Letter of Intent sowie die Presseberichterstattung darüber.

Herr Körber (Bürgermitglied) weist die Verwaltung darauf hin, dass ein Link der Technischen Universität (TU) Braunschweig zum Projekt „CoLiving Campus“ nicht funktioniere.

Frau Dr. Hesse (Dez. IV) sagt zu, dass man sich um die Behebung des Fehlers kümmern werde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Beirat Gedenkstätte Schillstraße

23-21193

Herr Dr. Malorny (FBL 41) stellt die Mitteilung vor und entschuldigt sich für eine „redaktionelle Ungenauigkeit“. Die Mitteilung adaptiere Inhalt und Wortlaut des vorausgehenden Ratsbeschlusses zur Übertragung der Trägerschaft der Gedenkstätte Schillstraße an den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. (DS Nr. 18-08215), der die Konstituierung eines Beirates aus „Wissenschaft, Politik, Gesellschaft“ vorsehe. Nunmehr sind die Abstimmungen mit dem AAG zu dem Ergebnis gekommen, die Politik nicht in den Beirat zu integrieren. Hintergrund hierfür sei, dass die Ergebnisse des Beirates ohnehin dem AfKW übermittelt würden. Das stelle die Mitteilung nicht korrekt dar.

Ratsherr Flake äußert die Sorge, die Räumlichkeiten der Gedenkstätte seien begrenzt. Er fragt, welche Entwicklungsmöglichkeiten gegeben seien.

Frau Dr. Hesse (Dez. IV) erklärt, die Räumlichkeiten der Gedenkstätte seien bisher noch nicht thematisiert worden. Stattdessen sei die Satzung priorisiert worden. Weitere Überlegungen zur Entwicklung der Gedenkstätte könnten nunmehr vorangetrieben werden. Auch hierfür sei der Beirat wichtig.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

5.1. QR-Code und Beacon für alle Erinnerungstafeln

23-20414

Ratsherr Möller stellt den Antrag vor. Er möchte diesen als Wertschätzung der Braunschweiger Leit- und Informationssystem für Kultur (BLIK)-Erinnerungstafeln verstanden wissen. Der Kern des Antrages beziehe sich auf die QR-Codes, die auf die Homepage der Stadt Braunschweig verlinken sollten. Die Antwort der Verwaltung habe gezeigt, dass der Antrag nicht zielführend umgesetzt werden könne. Daher ziehe die FDP-Fraktion den Antrag für die Sitzung und den weiteren Gremienlauf zurück und werde neue, spezifischere Anträge stellen.

Frau Dr. Hesse (Dez. IV) bittet aufgrund zeitaufwendiger Inhalte und Mitzeichnungen durch verschiedene Verwaltungseinheiten um Nachsicht ob des späten Zugangs der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag (DS Nr. 23-20414-01) und der textgleichen Stellungnahme zum darauf aufbauenden Änderungsantrag (DS Nr. 23-20478-01).

Herr Prof. Dr. Biegel (Bürgermitglied) erinnert an seine Zusammenarbeit für die BLIK-Tafeln, die seit den 1990ern angedauerte. Er bittet die Politik und Verwaltung eindrücklich darum, das Projekt zu erhalten. Er weist zudem die Verwaltung daraufhin, man müsse bei der weiteren Nutzung der BLIK-Tafeln Urheberrechte beachten.

Frau Dr. Hesse bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Biegel für sein besonderes Engagement für die BLIK-Tafeln. Die Stellungnahme ergänzend weist sie auf die Finanzierungsschwierigkeiten hin, die entstanden seien, seit sich die Bürgerstiftung Braunschweig aus dem Projekt zurückgezogen habe. Für das Projekt müssten Mitteln akquiriert werden und es sei mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

1. Alle BLIK-Tafeln im Stadtgebiet werden innerhalb eines Jahres mit QR-Codes ausgestattet, über die die Texte der Tafeln online abrufbar sind. (Wir gehen davon aus, dass die Texte der Kulturverwaltung vorliegen und damit die Ausstattung der Tafeln mit einem QR-Code kostenneutral machbar ist.)
2. Die Texte der Tafeln werden innerhalb der nächsten zwei Jahre barrierefrei auf der Homepage zur Verfügung gestellt, vor allen Dingen screenreadertauglich.

3. Es werden Beacons zu jeder Tafel gesetzt und eine App entwickelt, mit der die Inhalte komfortabel abgerufen werden können - und Nutzer wie bei einer digitalen Stadtführung von Tafel zu Tafel geleitet werden können. Die notwendigen Mittel sollen im Haushalt 2025 vorgesehen werden.

4. Die Texte der Tafeln werden im digitalen Archiv nach und nach erweitert um Film- und Bildmaterial beziehungsweise weiterführende Links, so dass eine Art digitales Museum Braunschweig entsteht. Hierzu wird dem Rat der Stadt ein Konzept von der Kulturverwaltung vorgelegt.

5. Das Kulturamt entwickelt gemeinsam mit dem Stadtmarketing kulturelle Stadtrundgänge, orientiert an den BLIK-Tafeln, und stellt diese in der App zur Verfügung.

Ergebnis:

Der Antrag wurde in der Sitzung beraten und für die Sitzung und den weiteren Gremienlauf zurückgezogen.

5.1.1. Änderungsantrag zu 23-20414 – QR-Code und Beacon für alle Erinnerungstafeln

23-20478

Ausschussvorsitzender Böttcher weist darauf hin, dass mit Zurückziehen des Antrages DS Nr. 23-20414 auch der sich darauf beziehende Änderungsantrag DS Nr. 23-20478 zurückgezogen werden könne. Der Antragsteller widerspricht nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

1. Alle BLIK-Tafeln im Stadtgebiet werden innerhalb eines Jahres mit QR-Codes und leicht lesbaren kurzen URLs ausgestattet, über die die Texte der Tafeln online abrufbar sind. (Wir gehen davon aus, dass die Texte der Kulturverwaltung vorliegen und damit die Ausstattung der Tafeln mit einem QR-Code kostenneutral machbar ist.)

2. Die Texte der Tafeln werden innerhalb der nächsten zwei Jahre barrierefrei auf der Homepage zur Verfügung gestellt, vor allen Dingen screenreadertauglich.

3. Es werden Beacons zu jeder Tafel gesetzt und eine App entwickelt, mit der die Inhalte komfortabel abgerufen werden können - und Nutzer wie bei einer digitalen Stadtführung von Tafel zu Tafel geleitet werden können. Die notwendigen Mittel sollen im Haushalt 2025 vorgesehen werden.

4. Die Texte der Tafeln werden im digitalen Archiv nach und nach erweitert um Film- und Bildmaterial beziehungsweise weiterführende Links, so dass eine Art digitales Museum Braunschweig entsteht. Hierzu wird dem Rat der Stadt ein Konzept von der Kulturverwaltung vorgelegt.

5. Das Kulturamt entwickelt gemeinsam mit dem Stadtmarketing kulturelle Stadtrundgänge, orientiert an den BLIK-Tafeln, und stellt diese in der App zur Verfügung.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag wurde für die Sitzung und den weiteren Gremienlauf zurückgezogen.

6. Zuwendungen aus Mitteln der Projektförderung über 5.000 EUR im 1. Halbjahr 2023

23-20976

Ausschussvorsitzender Böttcher weist auf das Mitwirkungsverbot nach §§ 3, 45 der Geschäftsordnung (GO) der Stadt Braunschweig und nach § 41 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hin. Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) und Herr Prof. Dr. Biegel (Bürgermitglied) verlassen für die Beratung und Beschlussfassung des TOP den Raum.

Beschluss:

Den Projektförderanträgen über 5.000 € wird entsprechend der in den Anlagen aufgeführten Einzelabstimmungsergebnissen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

7. Anfragen**7.1. Warteliste der Städtischen Musikschule**

23-20594

Ratsfrau Braunschweig stellt die Anfrage vor. Sie schließt auf Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung (DS Nr. 23-20594-01) die Frage an, was es so schwierig mache, mehr Klavierunterricht anzubieten, oder ob es sich hierbei um eine besonders hohe Nachfrage handle.

Herr Keding (AbtL 41.2 und Leiter der Städtischen Musikschule) erläutert, dass die Nachfrage nach Klavierunterricht tatsächlich sehr hoch sei. Die Klavierabteilung bzw. die Gruppe der Klavierlehrerinnen und -lehrer sowie der Klavierschülerinnen und -schüler sei am größten. Die Städtische Musikschule Braunschweig achte jedoch auf den Erhalt eines vielfältigen Angebotes und pflege einen Schwerpunkt in der Ensemblearbeit, wofür es viele verschiedene Instrumente brauche.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) fragt nach den Konsequenzen aus der in der Stellungnahme der Verwaltung formulierten Analyse. Er würde gerne wissen, wie viele Kinder und Erwachsene auf der Warteliste stünden, ob es sinnhaft sei, das Kontingent der Lehrstellen auszubauen und wohin die Städtische Musikschule räumlich expandieren könnte. Er kündigt an, diese Fragen in einer formellen Anfrage über die SPD-Fraktion im Ausschuss an die Verwaltung zu richten.

Ratsherr Böttcher kommentiert, alle Fragen zur Städtischen Musikschule müssten weiterhin thematisiert werden.

7.2. Kassenautomat für Zugang zur Quadriga verhältnismäßig?

23-20962

Herr Dr. Malorny (FBL 41) verliest die Stellungnahme der Verwaltung (DS Nr. 23-20962-01).

Ratsfrau Braunschweig fragt nach, wie die benannten „Standardlösungen“ von Durchgangskontrollen in anderen Einkaufszentren, wie sie die ECE Group GmbH & Co. KG vorschlägt, aussehen sollen.

Herr Dr. Malorny berichtet, ECE habe die seitens der Verwaltung kalkulierten Kosten für die Neuanschaffung eines Kassenautomaten moniert und schlage deshalb vor, andere Lösungen der Durchgangskontrolle zur Quadriga zumindest zu prüfen. Die Verwaltung stehe hierzu im Austausch mit ECE. Der Ausschuss werde über das weitere Vorgehen informiert.

gez. Böttcher
Vorsitz

gez. Prof. Dr. Hesse
Dez. IV

gez. Schultze
Schriftführung